

Ulis Corona-Newsletter vom 12. Oktober 2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich will kurz auf einige Streiflichter von heute eingehen. Das Streitthema **Beherbergungsverbot** hat das Zeug, die Akzeptanz für die Corona-Maßnahmen insgesamt zu gefährden. Es ist daher zentral, dass die Ministerpräsident*innen am Mittwoch eine einheitliche Linie finden. Wir haben insbesondere viel Streit mit Firmen, deren Mitarbeiter*innen nun mal häufig reisen müssen. Nicht alles geht per Videokonferenz. Eine Ausnahme nicht-touristischer Reisen vom Beherbergungsverbot scheint mir auf jeden Fall zwingend. Aber die gesamte Regel muss auf den Prüfstand, denn die Kritik, dass Hotelübernachtungen bisher eben keine Infektionen auslösen, ist nicht von der Hand zu weisen. Außerdem bindet das Beherbergungsverbot jetzt in oder knapp vor den Herbstferien viel zu viel Testkapazität!

Baden-Württemberg bereitet sich jetzt schon auf den **Einsatz eines Impfstoffes** vor und will Spritzen und Kanülen für mehrere Millionen Euro beschaffen. Die Nachfrage nach Impfbestock ist in vollem Gang, die Gefahr groß, dass du in wenigen Monaten mit leeren Händen dastehst. Wir wollen nicht erneut mehrere Monate Wartezeit in Kauf nehmen müssen. Ob ein Corona-Impfstoff noch dieses Jahr geimpft werden kann, diese Frage ist damit nicht beantwortet. Allerdings ist die Erwartung gestiegen, dass die ersten zu erwartenden Impfstoffe für Erwachsene voraussichtlich im 4. Quartal 2020 zugelassen und zur Verfügung stehen.

Es rücken weitere Beschränkungen wegen der steigenden Zahlen wieder in den Bereich des Möglichen. Schnell können **Krankenhäuser und Altenheime** wieder von Aussperrungen betroffen sein. Nach den Erfahrungen des ersten Lockdown meine ich, dass dieses Mal Kranke und Alte nicht wieder allein gelassen werden dürfen. Auch fehlende Zuwendung gefährdet ihre Gesundheit – möglicherweise viel mehr als Corona. Das darf bei allen Überlegungen nicht außer Acht bleiben.

Habt alle eine gute Woche und bleibt gesund! Herzliche Grüße, Uli

Der Stand der Infektionen vom 10.- 12. Oktober 2020

Deutschland

10.10.2020: Gesamtzahl: 319.381 (Veränderung zum Vortag: + 4.721)

11.10.2020: Gesamtzahl: 322.864 (Veränderung zum Vortag: + 3.483)

12.10.2020: Gesamtzahl: 325.331 (Veränderung zum Vortag: + 2.467)

Baden-Württemberg

10.10.2020: Gesamtzahl: 53.853 (+ 520); genesene Personen: 46.054 (+ 284); verstorbene Personen: 1.901 (+ 2)

11.10.2020: Gesamtzahl: 54.330 (+ 477); genesene Personen: 46.295 (+ 241); verstorbene Personen: 1.901 (+ 0)

12.10.2020: Gesamtzahl: 54.925 (+ 595); genesene Personen: 46.462 (+ 167); verstorbene Personen: 1.903 (+ 2)

Rhein-Neckar-Kreis

10.10.2020: Gesamtzahl: 1801 (+ 38); aktive Fälle: 147; genesene Personen: 1613; verstorbene Personen: 41 (-)

11.10.2020: Gesamtzahl: 1830 (+ 29); aktive Fälle: 167; genesene Personen: 1622; verstorbene Personen: 41 (-)

12.10.2020: Gesamtzahl: 1845 (+ 15); aktive Fälle: 167; genesene Personen: 1637; verstorbene Personen: 41 (-)

(Bitte beachten: An Samstagen / Sonntagen sind die Zahlen nicht vollständig, da einzelne Gesundheitsämter bzw. Testzentren nicht melden.)

„Querdenker“ stören Corona-Testung an Stockacher Grundschule

Mehrere sogenannte „Querdenkerinnen“ und „Querdenker“ haben eine Corona-Testung an einer Stockacher Grundschule gestört. Die Demonstrierenden sprachen Schulkinder an und schüchterten sie durch ihr Auftreten ein, wie die Polizei am Sonntag mitteilte. Als die Beamten sie aufforderten, Abstand von der mobilen Teststation zu halten, wechselten sie ohne Gegenrede die Straßenseite. Danach sei es am Samstag zu keinen weiteren Vorfällen gekommen. Zunächst standen sie den Angaben zufolge mit einem Transparent im Eingangsbereich der Schule. Was sie zu den Kindern sagten und was auf dem Transparent stand, konnte ein Polizeisprecher auf Anfrage nicht sagen. Die Testung an der Grundschule im Landkreis Konstanz war wegen Corona-Fällen notwendig geworden. Den Angaben nach ließen sich am Samstag etwa 200 Kinder und Lehrer freiwillig auf das Virus testen. Das muss genau beobachtet werden!

<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.coronavirus-in-baden-wuerttemberg-newsblog-eisenmann-rechnet-mit-regelbetrieb-der-schulen-im-herbst.f466125-435f-429a-9e61-123c8a3443bf.html>

Anstieg der Inzidenz-Zahlen von Samstag bis Montag

Den Inzidenz-Zahlen kommt bei der Auswahl von geeigneten Mitteln zur Eindämmung des Infektionsgeschehens eine wichtige und aussagekräftige Rolle zu. Deshalb wollen wir Euch den derzeit beunruhigenden Anstieg der Infektionszahlen in den letzten Tagen, insbesondere am Wochenende, anhand der Inzidenzzahlen darstellen.

In **Deutschland** lag die Inzidenz am Samstag, 10.10.2020, bei 24,3 Fällen pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Am Sonntag kletterte die Zahl auf 25,9 Fälle/100.000 EW und liegt heute bei 27,5/100.000 EW.

Die Zahlen in **Baden-Württemberg** bewegen sich auf einem etwas höheren Niveau. Hier haben wir am Samstag 25,8 Fälle pro 100.000 Einwohnenden verzeichnet. Am Sonntag stieg diese Zahl auf 28,6/100.000 EW und heute sind wir bereits bei 31,5 angekommen. Derzeit sieht es also danach aus, als würden wir in BW rasch auf den ersten kritischen Wert zusteuern, die Inzidenz ab 35 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnenden.

In **Esslingen**, dem derzeitigen Hotspot in Baden-Württemberg lag die Inzidenz am Samstag bereits bei 59,8 Fällen pro 100.000 Einwohnenden. Die Zahl kletterte am Sonntag weiter auf 74,4/100.000 EW und erreichte heute den bisherigen BW-Höchstwert von 76,6.

Auch **Stuttgart** zieht nach und meldete am Samstag eine Inzidenz von 50,5 Fällen pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Am Sonntag waren es 55,8 Fälle pro 100.000 EW. Heute sind es 70,0!

Im flächengrößten Landkreis in Baden-Württemberg, im **Ortenaukreis**, steigen die Zahlen, obwohl der Kreis kein Ballungsgebiet ist, welche von Expertinnen und Experten als größtes Risiko identifiziert wurden. Lag die 7-Tage-Inzidenz am Samstag hier noch bei 34,2 Fällen pro 100.000 Einwohnenden, erhöhte sie sich vom Sonntag (42,5) auf heute 42,9 /100.000 EW.

Im **Rhein-Neckar-Kreis** ist das Infektionsgeschehen derzeit zum Glück noch niedriger, abgesehen von Heidelberg und Mannheim. Am Samstag lag im gesamten Gebiet die Inzidenz bei 21,2 Fällen pro 100.000 Einwohnenden, am Samstag sank sie sogar auf 19,7/100.000 EW. Hier gehen wir aber stark davon aus, dass das den unregelmäßigen Meldungen am Wochenende geschuldet ist. Dafür spricht auch, dass die Inzidenz heute auf 26,5 Fälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner kletterte. Leider gibt es hinreichend Anzeichen von Sorglosigkeit bei größeren Menschenansammlungen. Ein Erreichen der 35er-Marke ist daher im Bereich des Möglichen.

Im **Landesschnitt** geht die Kurve auch steil nach oben. Heute gibt es nur noch vier Landkreise mit einer Inzidenzzahl unter 10, aber bereits mit über 35 (von insgesamt 44 Stadt- und Landkreisen).

https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Gesamt.html

https://www.gesundheitsamt-bw.de/lga/DE/Fachinformationen/Infodienste_Newsletter/InfektNews/Seiten/Lagebericht_covid-19.aspx

Maskenpflicht nun auch im Landtag

Ab Mittwoch gilt auch im Landtag die Maskenpflicht, eine bloße Empfehlung reicht wegen der stark steigenden Stuttgarter Werte nicht mehr. Weil mit Widerstand der AfD-Abgeordneten, vergleichbar dem Bundestag, zu rechnen ist, kann die Präsidentin unmittelbar Zwangsgeld verhängen.

Bei öffentlichen Debatten kann es gar nicht oft genug betont werden: Die Maskenpflicht ist zentraler Bestandteil unserer Strategie im Kampf gegen das Virus. Wer Maske trägt, schützt andere. Es ist für uns selbstverständlich, dass Abgeordnete hier eine Vorbildfunktion haben müssen.

<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.coronavirus-in-baden-wuerttemberg-muhterem-aras-ordnet-maskenpflicht-im-landtag-an.5e3f14d6-a598-4bdc-a90e-2bacdf7d7276.html>

Ergebnis des Gesprächs der Bundeskanzlerin mit den Bürgermeister*innen und den Oberbürgermeister*innen der elf größten Städte in Deutschland

Die Großstädte spielen eine entscheidende Rolle bei der Ausbreitung des Corona-Virus. Deshalb hat die Bundeskanzlerin mit den Oberbürgermeister*innen der elf größten Städte in Deutschland eine Vereinbarung getroffen:

1. Spätestens ab einer Inzidenz von 35 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in einer Woche entsendet das **Robert-Koch-Institut Experten** auf Bitten der jeweiligen Stadt zur Beratung in die Krisenstäbe der betroffenen Großstadt.
2. Spätestens ab einer Inzidenz von 35 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in einer Woche entsendet die **Bundeswehr Experten** auf Bitten der jeweiligen Stadt zur Beratung und Koordinierung benötigter Unterstützungsleistungen des Bundes in die Krisenstäbe der betroffenen Großstadt. Den Städten ist wichtig, dass die Unterstützung bei der Kontaktnachverfolgung durch die Bundeswehr möglichst durch längerfristig eingesetztes Personal erfolgt und die Rotationszeiten entsprechend verlängert werden.
3. Die Großstädte ergreifen ihrerseits organisatorische Maßnahmen, um den **öffentlichen Gesundheitsdienst mit geschultem Personal** für die Kontaktnachverfolgung zu unterstützen. Dabei kommt die Abordnung aus anderen Verwaltungsbereichen genauso in Frage, wie die Schulung und der Einsatz von Studierenden oder anderen Freiwilligen. Der Bund wird mit der Hochschulrektorenkonferenz darüber sprechen, wie ein verstärkter Einsatz von Studierenden so umgesetzt werden kann, dass daraus keine Nachteile für den Studienerfolg erwachsen.
4. Kommt es im öffentlichen Gesundheitsdienst einer der Großstädte absehbar oder tatsächlich zu einer **Überforderung im Bereich der Kontaktnachverfolgung**, teilt sie diese Einschätzung auf dem zwischen Bund und Ländern vereinbarten Verfahren mit, damit personelle Unterstützung von Bund und Land geleistet werden kann.
5. Spätestens **ab einer Inzidenz von 50** Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in einer Woche werden umgehend besondere **Beschränkungen** erforderlich. Dazu gehören

insbesondere Erweiterungen der Pflicht zum Tragen einer Mundnasenbedeckung, Einführung von Kontaktbeschränkungen im öffentlichen Raum und ggf. die Einführung einer Sperrstunde und/oder Alkoholbeschränkungen für Gastronomiebetriebe sowie weitergehende Beschränkungen der Teilnehmerzahlen für Veranstaltungen und insbesondere für Feiern, auch im privaten Rahmen.

6. Die Großstädte ergreifen ihrerseits organisatorische Maßnahmen, um die **Ordnungsämter zu entlasten**, damit zur Einhaltung der Corona-Verordnungen eine hinreichend hohe Kontrolldichte gewährleistet werden kann. Ebenfalls sollen die Ordnungsbehörden die Gesundheitsämter bei der Überwachung von Quarantäneanordnungen unterstützen. Bund und Länder werden kurzfristig darüber beraten, wie Unterstützung auch durch die Bundespolizei und Länderpolizeien geleistet werden kann.
7. Eine besondere Herausforderung stellt der **Schutz vulnerabler Gruppen** dar. Deshalb haben die Großstädte je nach den lokalen Gegebenheiten für die Krankenhäuser, Pflegeheime, Senioren- und Behinderteneinrichtungen besondere Schutzvorkehrungen ergriffen. Dabei wird stets berücksichtigt, dass die jeweiligen Regelungen nicht zu einer vollständigen sozialen Isolation der Betroffenen führen dürfen. Bei steigenden Infektionszahlen werden diese Maßnahmen entsprechend angepasst. Der Bund wird durch die neue Testverordnung sicherstellen, dass die Kosten der seit kurzem verfügbaren SARS-CoV2-Schnelltests für regelmäßige Testungen der Bewohner bzw. Patienten, deren Besucher und das Personal übernommen werden. Die verfügbaren Schnelltests sollen prioritär für diesen Bereich eingesetzt werden.
8. Kommt der Anstieg der Infektionszahlen unter den vorgenannten Maßnahmen nicht spätestens binnen 10 Tagen zum Stillstand, sind weitere gezielte Beschränkungsschritte unvermeidlich, um öffentliche Kontakte weitergehend zu reduzieren.

Land gibt über 200 Millionen für Schutzausrüstung aus

In der ersten Zeit der Corona-Krise versuchten viele Pflegeheime und Krankenhäuser vergeblich, Schutzausrüstung für ihr Personal zu kaufen. Die Lieferwege waren versperrt und die Preise astronomisch. Da sprang das Land als Beschaffer ein - und zahlte Riesensummen.

Insgesamt 201 Millionen Euro hat das Land bereits für Plastikhandschuhe, Overalls und Masken - für den Corona-Schutz von Ärzten, Pflegern und anderen Beschäftigten im Gesundheitssektor ausgegeben.

Die Ausrüstung wurde vom Land beschafft, als die üblichen unmittelbaren Lieferwege zu Beginn der Pandemie zusammengebrochen waren. Die Kommunen übernahmen die Verteilung der Ausrüstung vor Ort. Ein Großteil ist zuletzt mit der abschließenden Lieferung Ende Juli 2020 kostenfrei verteilt worden. Ein kleinerer Teil ist in die Notfallreserve des Landes übergegangen.

Die Qualität der Ware hat sich erkennbar verbessert und die Preise haben sich wieder nach unten bewegt. Die Lieferwege sind nach weiteren Angaben des grün-geführten

Sozialministeriums offen. Vor diesem Hintergrund hat sich das Land aus der Notfallbeschaffung zurückgezogen.

Aktuell hat das Land für Landeseinrichtungen wie Polizei und Justiz 2,6 Millionen der besonders effizienten FFP2-Masken und 25,3 Millionen OP-Masken ausgeschrieben.

https://www.schwaebische.de/sueden/baden-wuerttemberg_artikel,-land-gibt-ueber-200-millionen-fuer-schutzausruestung-aus- arid,11280050.html

Ischgl-Kommission spricht von „folgschweren Fehlern“

Sieben Monate nach dem umstrittenen Corona-Krisenmanagement im österreichischen Ischgl hat eine unabhängige Expertenkommission ihren Bericht zur Verbreitung des Coronavirus in dem Tiroler Ort vorgelegt. Danach war es "aus epidemiologischer Sicht" falsch, dass der Skibetrieb in dem Tiroler Ort erst am 12. März eingestellt wurde.

In ihrem Bericht ist das sechsköpfige Gremium demnach zu dem Schluss gekommen, dass sämtliche Entscheidungen von den Verantwortlichen aus eigenem Entschluss und ohne Druckausübung von dritter Seite erfolgt seien. Sie hätten oft unter großem Zeitdruck, in einer beispiellosen Krisensituation ein großes Arbeitspensum zu bewältigen gehabt, so die Kommission. Dabei sei es im Bezirk Landeck zu "folgschweren Fehleinschätzungen" gekommen.

Zwar sei die anfängliche Reaktion der Behörden nach Bekanntwerden der ersten Fälle mit Bezug zu Ischgl um den 3. März positiv und angemessen gewesen. Doch der Betrieb der Skibusse und der Seilbahnen sei einen Tag später als erforderlich eingestellt worden, wie der Kommissionsvorsitzende Ronald Rohrer in Innsbruck sagte.

Die komplette Pressekonferenz könnt Ihr Euch hier anschauen:

<https://www.youtube.com/watch?v=fpswG77gmdk>

Den Kommissionbericht findet Ihr hier:

https://www.tirol.gv.at/fileadmin/presse/downloads/Presse/Bericht_der_Unabhaengigen_Expertenkommission.pdf

Und einen zusammenfassenden Artikel gibt's hier:

<https://kurier.at/chronik/oesterreich/ischgl-kommission-stellt-bericht-zum-corona-management-vor/401062197>

Hintergrund: Tirols Oppositionsparteien hatten im Mai einen Misstrauensantrag gegen das Landesgesundheitsrat im Parlament gestellt, der mit den Stimmen der seit 75 Jahren im Bundesland regierenden Volkspartei sowie des grünen Koalitionspartners abgelehnt worden war. Auf derselben, emotional geführten Parlamentssitzung beschloss der Tiroler Landtag, eine Expertenkommission einzuberufen, die das Krisenmanagement des Landes untersuchen sollte.

Das Geheimnis hinter den unterschiedlichen Covid-19-Verläufen

Eine Covid-19-Infektion kann bekanntermaßen sehr unterschiedlich verlaufen und das selbst bei Menschen gleichen Geschlechts und Alters mit vergleichbaren Vorerkrankungen und ähnlichem Körpergewicht: Manche sterben oder kämpfen über Monate mit schweren Folgeschäden. Andere zeigen trotz nachgewiesener Infektion keine oder nur milde Symptome.

Was aber ist das Geheimnis hinter den unterschiedlichen Covid-19-Verläufen? Das war bis vor kurzem unbekannt, doch jetzt häufen sich die Hinweise, dass die Genetik und die Epigenetik gleichermaßen eine Rolle spielen. Es entscheiden also sowohl der von den Vorfahren geerbte Text der DNA, als auch die nebengenetisch aktive Umgebung des Erbgutmoleküls. Deshalb sind sogar junge Menschen nicht immer vor einem schweren Verlauf der Infektion geschützt. Und manche Alte und Vorerkrankte entwickeln trotz theoretisch hohem Risiko kaum Symptome.

Wie wichtig der Text der Gene zu sein scheint, also die Genetik, folgt besonders eindrucksvoll aus den Analysen eines großen europäischen Teams von Genetiker*innen. Die „Severe Covid-19 GWAS Group“ fahndete in Patientendaten aus Spanien und Italien systematisch mit Hilfe einer so genannten genomweiten Assoziationsstudie (GWAS) nach Varianten im Erbgutmolekül DNA, die bei solchen Menschen besonders häufig sind, die schwer an Covid-19 erkranken. Rasch wurde das Team fündig: Eine Gruppe von Genen auf dem Chromosom Nummer drei und ein Teil der DNA, der über unsere Blutgruppen mitentscheidet, sind bei schwer erkrankten Menschen auffällig häufig verändert.

Noch weiß zwar niemand, ob und wie die beteiligten Gene die Krankheit direkt beeinflussen. Es ist auch nicht bekannt, welche Gene der auffälligen DNA-Abschnitte genau betroffen sind. Schließlich handelt es sich bei den Resultaten um bloße, mit Hilfe der Mathematik entdeckte Korrelationen. Eines aber ist sicher: Die Ergebnisse liefern aussichtsreiche Ansatzpunkte für weitere Forschungen. Gut möglich, dass zukünftige Coronavirus-Therapien und Diagnosemethoden an der nun eingekreisten molekularbiologischen Hardware ansetzen werden.

<https://www.riffreporter.de/erbe-umwelt-peter-spork/genetik-epigenetik-beeinflusst-coronarisiko/>

Niederlande, Polen und Österreich melden Rekordzahlen

Die Zahl der gemeldeten Ansteckungen mit dem Coronavirus in Europa steigt wieder deutlich an. Vielerorts sind die Intensivstationen von Krankenhäusern bereits am Limit. Regierungen verhängen strengere Maßnahmen, um die Ausbreitung der Pandemie einzudämmen.

In den **Niederlanden** wurden am Samstagnachmittag 6500 Neuinfektionen in nur 24 Stunden gemeldet - mehr als je zuvor. Die Regierung warnte vor neuen landesweiten Beschränkungen, wenn die Zahl der Ansteckungen und Krankenhaus-Einweisungen am Wochenende nicht sinken sollte. Die Zahl der Patienten in Krankenhäusern und auf

Intensivstationen steigt seit Tagen. Kliniken hatten die Versorgung für andere Patienten bereits seit Tagen drastisch reduziert und Hunderte Operationen abgesagt. Vergangene Woche wurden im Schnitt 16 Tote am Tag gemeldet. Bürger und Experten fordern deutlich strengere Maßnahmen. Masken sind für öffentliche Räume zwar dringend empfohlen, bislang aber keine Pflicht.

Auch in **Polen** meldete das Gesundheitsministerium am Samstag einen Rekordwert: 5300 Neuinfektionen binnen 24 Stunden. Das ist der höchste Wert seit Ausbruch des Coronavirus in Deutschlands Nachbarland. Die Gesamtzahl der nachgewiesenen Ansteckungsfälle steigt auf 121 638. Insgesamt starben nach offiziellen Angaben bislang 2972 Menschen mit oder an dem Virus. Die Regierung hat die Auflagen verschärft. So müssen in den Straßen stets Mund- und Nase-Bedeckungen getragen werden.

In **Österreich** stiegen die Neuinfektionen pro Tag auf 1235. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums vom Samstag bleibt dabei Wien mit 511 Neuinfektionen binnen 24 Stunden landesweit der Spitzenreiter. In den Krankenhäusern veränderte sich die Lage den Angaben zufolge nicht. Insgesamt stieg die Zahl der sogenannten aktiven Fälle auf 10 800. Unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl liegen die Zahlen der Neuinfektionen und der aktiven Fälle deutlich über den aktuellen Werten in Deutschland.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-weltweit-europa-1.5054494>

Corona-beeinflusste Nachrichten

Studie: Vertrauen in Medien ist gestiegen

Das Vertrauen in die Medienberichterstattung ist im Jahr 2020 merklich gestiegen. Das ergibt eine repräsentative Umfrage von etwa 1000 Wahlberechtigten, die im September und Oktober von Infratest Dimap im Auftrag des WDR durchgeführt wurde. Demnach halten mehr als zwei Drittel der Befragten die Berichterstattung der Medien in Deutschland für vertrauenswürdig.

Im Vergleich zum Vorjahr ist das Vertrauen um sechs Prozentpunkte gestiegen und liegt damit so hoch wie nie seit der erstmaligen Erhebung der jährlichen Studie im Jahr 2015. Besonders hohe Vertrauenswerte von mehr als 80 Prozent kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk verzeichnen. Auch deutsche Tageszeitungen werden von 74 Prozent der Befragten als glaubwürdig eingeschätzt, während Boulevard- und soziale Medien deutlich als wenig glaubwürdig bewertet werden.

<https://www.sueddeutsche.de/medien/vertrauen-medien-politik-studie-1.5063403>

Hoffmeister-Kraut lehnt geplantes Homeoffice-Gesetz des Bundes ab

Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) lehnt das auf Bundesebene geplante Gesetz zum mobilen Arbeiten ab. „Ein Rechtsanspruch auf 24 Tage Homeoffice wird den unterschiedlichen Voraussetzungen an den jeweiligen Arbeitsplätzen aus meiner Sicht nicht gerecht“, sagte sie zu den Plänen von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD).

Je nach konkreter Situation könne das zu viel oder zu wenig sein. Genauso vielfältig wie die Arbeitswelt seien auch die flexiblen Lösungen bei der Arbeitsorganisation, sagte die Ministerin. Ihrer Ansicht nach sollten die Sozialpartner in Tarifverträgen oder auf betrieblicher Ebene Vereinbarungen zum flexiblen und mobilen Arbeiten treffen.

<https://bnn.de/nachrichten/baden-wuerttemberg/wirtschaftsministerin-hoffmeister-kraut-lehnt-geplantes-homeoffice-gesetz-ab>

Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

Webseiten

Bundesebene und weltweit:

https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NgZbgm3fcv>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblog-bw-100.html>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

Rhein-Neckar-Kreis:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus+-+faq.html>

Wichtig für euren persönlichen Umgang:

file:///Itbw.local/DATA/User/Sckerl/Downloads/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinschaetzung.pdf

Wichtige Infos in anderen Sprachen:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-und-person/informationen-zum-coronavirus>

Informationen in leichter Sprache:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/deutsche-gebaerdensprache/deutsche-gebaerdensprache.html>

Hotlines Baden-Württemberg:

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen – schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 – 18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

Rhein-Neckar-Kreis: Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr, 7.30 – 19 Uhr)